

Demokratie braucht Tugenden

Stellungnahme von Kirchenpräsident Dr. h. c. Christian Schad zu den aktuellen Vorgängen in Thüringen:

Der 5. Februar 2020 – die Annahme der Wahl zum Ministerpräsidenten eines Bundeslandes, die unter anderem mit den Stimmen einer rechtsextremen Partei zustande kam – hat gezeigt, welche fatalen Folgen es hat, wenn politisches Taktieren wichtiger wird als das klare Eintreten für demokratische Grundhaltungen – und wenn Einzelinteressen oder persönlicher Ehrgeiz über die Glaubwürdigkeit siegen.

Die Position der Evangelischen Kirche war und ist:

Nirgendwo dürfen demokratische Regierungen in unserem Land durch eine Partei an die Macht kommen, die ihrerseits die Grundwerte des demokratischen Rechtsstaats leugnet, indem sie zum Beispiel fremdenfeindlichen und antisemitischen Positionen Vorschub leistet oder die Schreckenherrschaft der NS-Diktatur relativiert und ihre Verbrechen verharmlost.

Die Vorgänge in Thüringen haben gezeigt, wie verletzlich unsere Demokratie ist.

Dass ein Ministerpräsident mit Hilfe einer Partei gewählt wurde, die bis in die Spitze hinein von Rechtsextremen geprägt wird, war und ist ein Tabubruch – und das eineinhalb Wochen nach dem 27. Januar 2020, dem Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocausts, 75 Jahre nach der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz!

Dies muss uns Warnung sein, für eine Werteorientierung in der Politik einzutreten, in deren Zentrum die Würde jedes einzelnen Menschen, die Achtung der Menschenrechte und die Ausrichtung am Gemeinwohl stehen. Das aber heißt: wachsam zu sein und allen entschieden entgegenzutreten, die Ausgrenzung, Hass und diskriminierende Parolen verbreiten.

Gefordert ist hier von Politikern die Tugend der Standfestigkeit, die über das Interesse eines Einzelnen oder einer Partei hinausgeht, sich vielmehr vorbehaltlos für die freiheitliche Demokratie einsetzt und damit völkischem Denken auch nicht im Ansatz Raum lässt. Sich demokratisch durch eine Partei legitimieren zu lassen, die durch ihre Repräsentanten dem Prinzip der freiheitlichen Demokratie zuwiderhandelt, ist unglaublich und zerstört das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik.

Demgegenüber braucht die Demokratie die Orientierung an ethischen Grundsätzen. Und dazu gehören entsprechende Einstellungen und Verhaltensweisen – gerade auch von Politikerinnen und Politikern.

Darüber hinaus bleiben alle gesellschaftlich relevanten Gruppen aufgefordert, ihren eigenen Beitrag zur Festigung der Demokratie zu leisten – und aufklärend auf Menschen zuzugehen, die bereit sind, ihre

<i>Pressereferat der Evangelischen Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche)</i>	<i>Domplatz 5 67346 Speyer Telefon: 06232 667 145 Mail: presse@evkirchepfalz.de</i>	<i>www.evkirchepfalz.de</i>
--	--	---

Stimme denen zu geben, die meinen, mit einfachen Antworten komplexe Fragen unserer Zeit lösen zu können.

Unmittelbare historische Vergleiche der gegenwärtigen Vorgänge in der Bundesrepublik Deutschland mit der Weimarer Republik halte ich für problematisch.

Aber Lehren können dennoch gezogen werden:

Die deutsche Katastrophe begann nämlich damit, dass zu viele Menschen der damals jungen Demokratie gleichgültig bzw. kritisch gegenüberstanden. Die Weimarer Republik ist nicht an zu viel Demokratie, sondern an zu zögerlichen Demokraten gescheitert.

Heute stehen wir deshalb in der Pflicht, die Demokratie auf dem Hintergrund unseres christlichen Menschenbildes zu verteidigen und aktiv mitzugestalten. Die Entfaltung demokratischer Tugenden ist dabei eine notwendige Bedingung dafür, eine wehrhafte Demokratie in unserem Land zu stützen und lebendig zu halten.

<i>Pressereferat der Evangelischen Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche) Domplatz 5 67346 Speyer</i>	<i>Telefon: 06232 667 145 Mail: presse@evkirchepfalz.de</i>	<i>http://www.evkirchepfalz.de</i>
--	--	--